



Medienkommentar

Klimaschutz-Gesetz: „Türöffner für Öko-Diktatur“ (CH-Abstimmung vom 18. Juni 2023)



Am 18. Juni 2023 wird das Schweizer Stimmvolk unter anderem über das „Klimaschutzgesetz“ abstimmen. Ziel ist es, die vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu reduzieren. Ist dies überhaupt realistisch und kann es ohne ein Verbot von Öl- und Gasheizungen oder Benzin- und Dieselaautos erreicht werden? Hören Sie in dieser Sendung einige gewichtige Gründe für ein NEIN zu diesem Gesetz.

Am 18. Juni 2023 kann das Schweizer Stimmvolk unter anderem über das „Klimaschutz-Gesetz“ abstimmen. Artikel 3, Absatz 1 des Gesetzes lautet: „Der Bund sorgt dafür, dass die Wirkung der in der Schweiz anfallenden von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 Null beträgt ...“ Laut dem Abstimmungsbüchlein sieht das Gesetz zwar keine neuen Verbote vor, doch nach Ansicht der Gegner des Gesetzes stellt sich die Frage, wie das Netto-Null-Ziel bis 2050 ohne Verbote erreicht werden soll. Deshalb wird das Gesetz von den Gegnern auch als „Türöffner für eine Öko-Diktatur“ bezeichnet. Der Bundesrat erhalte mit diesem Gesetz eine Generalvollmacht um, zum Beispiel, ein Totalverbot von Öl- und Gasheizungen, wie auch Benzin- und Dieselaautos, durchzusetzen.

Die Kosten für einen Umbau der Schweizer Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf Strom, würde die Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Gemäß einer Studie der Schweizerischen Bankiervereinigung auf 387 Milliarden Schweizer Franken. Sollten sich diese Berechnungen und Befürchtungen bewahrheiten, dann würde das Schweizer Stimmvolk bei einem JA ihrer eigenen Verarmung und weiteren Bevormundung zustimmen. Hören Sie in dieser Sendung einige Gründe, die für ein NEIN zu diesem Gesetz sprechen.

Klimaschutzpolitik beruht auf fragwürdiger These

Kaum jemand stellt den globalen Klimawandel in Frage, denn das Klima hat sich nachweislich schon oft gewandelt. Dass der Klimawandel aber im Wesentlichen durch den Menschen verursacht ist, ist keineswegs gesichert. Von allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hierzu weisen nur 0,54 % dem Menschen die Hauptverantwortung zu. Dagegen ist in 99,46 % aller Veröffentlichungen eine Zustimmung zu dieser Annahme nicht erkennbar. Dennoch baut die Klimaschutzpolitik auf dieser These auf. Deutschland z.B. soll deswegen immer höhere Abgaben für CO₂ bezahlen, soll aus der Kohleförderung komplett aussteigen und sich von fossilen Brennstoffen verabschieden. Es sollen in großem Maße Sonnen- und Windenergieanlagen gebaut sowie Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektroautos ersetzt werden. Dies ist ein massiver Angriff auf Deutschlands Schlüsselindustrie. Heute zahlen die deutschen Privathaushalte die zweithöchsten Strompreise weltweit: 48,9 Rappen pro kWh. In der Schweiz sind es jetzt noch 21,6 Rappen. Mit dem Schweizer „Klimaschutz-Gesetz“ geht die Reise in dieselbe Richtung wie in Deutschland. Die Kosten werden auf den Bürger abgewälzt. Die Klimaschutzpolitik führt

mehr und mehr in die Verarmung – und dies aufgrund einer höchst fragwürdigen These!

Irreführung durch Änderung des Gesetzstitels?

Schon der Titel des Gesetzes lasse aufhorchen, so das „NEIN-Komitee“. So habe die Mitte-Links-Mehrheit im Schweizer Parlament den Titel des Gesetzes im letzten Moment vor der Schlussabstimmung geändert. Aus dem „Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz“ wurde das „Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit“. Dies sei ein irreführender Etikettenschwindel. Aktuell werden rund 60 % des Energiebedarfs mit Gas, Erdölbrennstoffen und Treibstoffen gedeckt. Das Klimaschutzgesetz beinhaltet eine Abkehr davon und will den Bedarf mit Strom ersetzen. Hohes Gewicht soll dabei auf die erneuerbare Energie wie Solarstrom und Windkraft gelegt werden. Dies erachtet das NEIN-Komitee als völlig unrealistisch und es könne daher nicht von einer Stärkung der Energiesicherheit die Rede sein. Das NEIN-Komitee bezeichnet die Vorlage deshalb auch als „Stromfresser-Gesetz“.

ETH-Professor: „Energie wird deutlich teurer“

Laut den Befürwortern des Klimaschutz-Gesetzes sollen die erneuerbaren Energien – insbesondere der Solarstrom – billiger sein. Dem widerspricht ETH-Professor Andreas Züttel. Dies sei eine „von der Solarbranche verbreitete Illusion“. Generell hält Züttel fest: „Energie wird deutlich teurer, wenn wir Öl, Gas und AKWs ersetzen“. Seine umfassende ETH-Studie zeigt, dass die Energiekosten pro Person und Jahr von heute 3.000 bis auf 9.600 Franken steigen könnten. Diese Zahl bestätigt eine Medienmitteilung des Bundes. Viele Familien, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe könnten sich diese Preisexplosion nicht leisten.

Windturbinen verschlechtern CO₂ – Bilanz

Zur Erinnerung: Unter anderem soll mit einem massiven Ausbau von Windenergieanlagen die Schweiz bis 2050 „klimaneutral“ werden. Doch wie verhält es sich mit der CO₂-Bilanz von Windturbinen? Der Verband „Freie Landschaft Schweiz“ schreibt dazu in einem Faktenblatt zur CO₂-Bilanz von Windturbinen: „Berücksichtigt man die wenig ökologischen Bedingungen ihrer Herstellung, ihrer Errichtung und ihrer Rezyklierung, so ist die Installation von Windturbinen klimaschädlich. Die Windturbinen werden im Ausland hergestellt. Für die Installation in der Schweiz müssen die Bestandteile von gewaltigen Dimensionen über lange Distanzen transportiert werden. Eine einzige Windturbine wiegt mehrere tausend Tonnen. Gemäß einer vom BAFU einverlangten Studie sind die totalen CO₂-Emissionen während der gesamten Lebensdauer der Windturbinen – bezogen auf die produzierte Strommenge – 4-mal höher als bei Laufwasserkraftwerken und liegen auch über jenen der Atomenergie. Die Errichtung von Windturbinen in der Schweiz führt demzufolge zu einer Verschlechterung der CO₂-Bilanz.“

Windenergie-Lobby vom Bundesamt finanziert

Der Verband „Suisse Eole“ verfolgt das Ziel, Windenergie in der Schweiz voranzubringen. Neben bedeutenden Mitgliederbeiträgen ergänzen Bundesgelder die Finanzierung. Von 2001-2015 erhielt „Suisse Eole“ 7,3 Mio. Schweizer Franken vom Bundesamt für Energie! „Suisse Eole“ wird unter anderem vom Bundesamt für Energie beauftragt „Journalisten zu unterstützen, Windmessungen durchzuführen und die Politiker sowie Regionalbehörden zu überzeugen“. Auch müsse sie die Windenergie als „billig, akzeptabel, rentabel und schön“ darstellen. Wenn ein Bundesamt eine Industrie-Lobby mitfinanziert, muss dann nicht von „Vetterliwirtschaft“ oder auf gut Deutsch von „Filz“ gesprochen werden?

Wollen Sie, liebe Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, das Risiko eingehen, dass der Bundesrat im Alleingang extreme Maßnahmen verlangen kann? Zum Beispiel wären dies: teure Haussanierungen, der Ersatz funktionierender Öl- und Gasheizungen oder das Verbot von Benzin- und Dieselaautos. Weiter ist mit massiv mehr Strombedarf und tausenden Franken Mehrkosten pro Haushalt im Jahr zu rechnen! Wenn Sie dieses Risiko nicht eingehen wollen, dann erteilen Sie am 18. Juni 2023 diesem sogenannten „Klimaschutz-Gesetz“ mit einem NEIN eine klare Abfuhr!

Das ausführliche Argumentarium finden Sie unter nachfolgendem Link:
<https://stromfresser-gesetz-nein.ch/argumentarium/>

von brm.

Quellen:

Neuigkeiten des überparteilichen Komitees gegen das Stromfresser-Gesetz
<https://stromfresser-gesetz-nein.ch/news/>

Informationen des Bundesamtes für Umwelt zum Gesetz
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/dossiers/klimaschutzgesetz.html>

Die wahren Ziele der Grünen: „Mit Klima-Diktatur zur neuen Weltordnung“ Kla.TV-Sendung vom 19. September 2021
www.kla.tv/19919

Gastbeitrag von Markus Fiedler zu der 97 % Einigkeit der Wissenschaftler, die es nie gegeben hat
www.anti-spiegel.ru/2020/klimawandel-die-97-einigkeit-unter-wissenschaftlern-die-es-nie-gegeben-hat/

Abschreckendes Beispiel der Energiewende Deutschlands
<https://stromfresser-gesetz-nein.ch/abschreckendes-beispiel-deutschland/>

Newsletter des NEIN-Komitees vom 23. März 2023:
<https://stromfresser-gesetz-nein.ch/nesletter-das-stromfresser-gesetz-ist-ein-angriff-auf-die-schweiz/>

Artikel von SVP-Nationalrat und Energiepolitiker Christian Imark
<https://stromfresser-gesetz-nein.ch/60-prozent-des-energieverbrauchsmit-strom-ersetzen-verantwortungslos/>

Newsletter des NEIN-Komitees vom 11. Mai 2023:
<https://stromfresser-gesetz-nein.ch/energie-sicherheit-zerstoeren-stromfresser-gesetz-nein/>

Medienmitteilung: Wieviel kostet eine CO2-neutrale Schweiz?
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87241.html>

Artikel des Vereins UTR /Umwelt/Technik/Recht/ vom 25. April 2021
<https://www.ad-infinitem.online/2021/04/25/welches-klima-soll-eigentlich-geschuetzt-werden-und-kann-man-klima-ueberhaupt-schuetzen/>

Windenergie-Faktenblatt Nr. 18 des Verbandes Freie Landschaft Schweiz
<https://www.paysage-libre.ch/de/windenergie/factsheets/#18>

Windenergie-Faktenblatt Nr. 32 des Verbandes Freie Landschaft Schweiz
<https://www.paysage-libre.ch/de/windenergie/factsheets/#32>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

#CO2 - www.kla.tv/CO2

#Schweiz - www.kla.tv/Schweiz

#SchweizerVolksabstimmungen - Schweizer Volksabstimmungen -
www.kla.tv/SchweizerVolksabstimmungen

#BundesratCH - Der Schweizer Bundesrat und seine Doppelmoral ... -
www.kla.tv/BundesratCH

#JustizGesetze - Justiz & Gesetze - www.kla.tv/JustizGesetze

#CH-Politik - www.kla.tv/CH-Politik

#Klimawandel - www.kla.tv/Klimawandel

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.